

N i e d e r s c h r i f t

**der 10. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 06.09.2006**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Joachim Geuther	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die	
Linkspartei. PDS		
Frau Heidrun Tannenberg	Die	
Linkspartei. PDS		
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die	
Linkspartei. PDS		
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR	Vertreter Herr Knauerhase
HALLE.		
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS	Vertreter Herr T. Wolter
90/DIE GRÜNEN		
Frau Sybille Brünler-Süßner	Verw	
Frau Annett Groß	Verw	
Herr Hans-Joachim Kloppe	Verw	
Herr Wolfgang Meissner	Verw	
Frau Silvia Räder	Verw	
Frau Gabriele Maier	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU	entschuldigt
Frau Sabine Wolff	NEUES	entschuldigt
FORUM		
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e.	unentschuldigt
V. Halle		
Herr Klaus Adam	SKE	unentschuldigt
Herr Nico Baresel	SKE	entschuldigt
Herr Swen Knöchel	SKE	entschuldigt
Herr Klaus Müller	SKE	unentschuldigt
Herr Thomas von Malottki	SKE	unentschuldigt
Herr Matthias Waschitschka	SKE	entschuldigt

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Informationsvorlage - Ergänzende Beantwortung der Prüffeststellungen aus dem Schlussbericht 2004
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten
7. Beantwortung der Anfrage vom 26.07.2006 - Nachtragsangelegenheit Weststraße (Dringlichkeitsbeschluss)
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Frau Tannenber, eröffnete und leitete die Sitzung. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Tannenber merkte an, dass unter **Punkt 7 – Beantwortung von Anfragen –** das Wort – Dringlichkeitsbeschluss – gestrichen wird.

Auf Anfrage der Ausschussvorsitzenden gab es keine weiteren Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung. Die Tagesordnung wurde mit der Ergänzung bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift (Öffentlicher Teil der 9. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 26.07.2006 wurde zur Kenntnis genommen und mit nachstehender Änderung bzw. Ergänzung des Herrn Stadtrat Godenrath **einstimmig bestätigt**.

Der GO-Antrag die Beschlussvorlage getrennt nach den Unterpunkten abzustimmen, wurde von mir im Namen der CDU-Fraktion gestellt. Hier ist eine Richtigstellung wichtig, da ansonsten ein Beschluss zur getrennten Abstimmung gefasst hätte werden müssen.

Ebenso fehlt mir eine kurze Erwähnung der kritischen Anmerkungen zu der – vom Landesrechnungshof gerügten – Zahlung der 35.000 € an einen unterlegenen Bewerber um eine Beigeordnetenstelle. Dieser Sachverhalt war maßgeblich für die einzige Gegenstimme zur Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimme
0 Nein-Stimme
0 Enthaltungen

zu 4 Informationsvorlage - Ergänzende Beantwortung der Prüffeststellungen aus dem Schlussbericht 2004

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 26.07.2006 mit der Schlussberichterstattung 2004 sowie der Stellungnahme der Stadtverwaltung dazu insoweit befasst, dass eine Beschlussfassung erfolgte.

Frau Tannenberg eröffnet aufgrund der Festlegung in der letzten Sitzung die weitere Erörterung zur Schlussberichterstattung 2004, wobei es sich um eine ergänzende mündliche Beantwortung der Prüffeststellungen aus dem Schlussbericht 2004 handelt und begrüßt die teilnehmenden Vertreter der Verwaltung.

Frau Müller – FB 20 -, Herr Willecke – FB 30 -, Herr Heinz, Herr Heise und Frau Ströhl – FB 66 – standen zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Frau Tannenberg gibt in der Folge die Diskussion frei für die in der Sitzung am 26.07.2006 aufgeworfenen Fragen, die in der mit der Einladung übergebenen Niederschrift aufgeführt sind, und die bisher nicht erledigten Prüffeststellungen.

Unter der Moderation des Fachbereichsleiters Herrn Kloppe erfolgt danach eine abschließende Erörterung der nachfolgenden Themen zu 1. – 10 und die Beantwortung der entsprechenden Fragestellungen.

1. Prüfung der Abfindungen

Der erforderliche Regress wird laut Auskunft von Herrn Willecke derzeit bearbeitet.

2. Finanzierung und Auslastung der Leichtathletikhalle Brandberge

Wie bereits in der Stellungnahme der Verwaltung schriftlich artikuliert, ist die Verwaltung stets bemüht eine wirtschaftliche Auslastung der Leichtathletikhalle Brandberge unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen zu sichern.

3. Straßenbeleuchtung

Eine schriftliche Beantwortung der Frage wird nachgereicht.

4. Straßenausbaubeiträge

Die Fragestellung ist bereits mit der Stellungnahme der Verwaltung beantwortet. Eine Soll-Ist Differenz wird haushaltsmäßig nicht ausgewiesen, da die Stadtverwaltung eine Bereinigung der ausstehenden Forderungen - bis auf die tatsächlich realisierten Einnahmen - durchgeführt hat.

5. Pauschale Bereinigung von Kassenresten

Frau Müller – FB 20 – weist daraufhin, dass die pauschale Restebereinigung dazu führt, dass das zur Bereinigung anstehende Soll im laufenden Rechnungsjahr abgesetzt und im nächsten Jahr erneut zum Soll vorgetragen wird. Damit ist eine weitere Verfolgung der Forderung der Stadt Halle sichergestellt.

6. Formelle Erledigung

Die kassensichere Aufbewahrung der Originaljahresrechnungen mit den entsprechenden Stadtratsbeschlüssen zur Entlastung der Oberbürgermeisterin der vergangenen Jahre ist durch Übergabe an das Stadtarchiv, bis auf die Haushaltsjahre 1991 und 1992, gewährleistet.

7. Bisher nicht erledigte Prüffeststellungen aus dem Jahre 2003 zum Vorschuss- und Verwahrbuch (ShV)

- **Finanzposition 4.0340.005002 – 43.409,81 Euro (1991 – 1993)**

Die Finanzposition wurde ausgeglichen.

8. Finanzposition 4.2411.005001 – Kasseneinnahmerest über nicht realisierte Fördermittel von 10.123,52 Euro

Der o.g. Betrag wurde zwischenzeitlich ausgeglichen.

9. Finanzposition 4.3301.405001 – Kassenausgabereist über 71.171,83 Euro (2001)

Zu dem Sachverhalt wird in der 35. KW eine Entscheidung erwartet.

10. Ersatzneubau Berliner Brücke – Berichtszeitraum 2003 bis 2004 2.6300.950000.7-197-

Auch zum jetzigen Zeitpunkt ist die juristische Beurteilung der Schadensersatzmöglichkeiten noch nicht abgeschlossen, so dass eine etwaige Geltendmachung von Schadenersatz- bzw. Regressforderungen noch nicht erfolgen konnte.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anträge vor.

zu 6 Anfragen von Stadträten

zu 7 **Beantwortung der Anfrage vom 26.07.2006 - Nachtragsangelegenheit Weststraße (Dringlichkeitsbeschluss)**

Aus der Beantwortung der Anfrage vom 26.07.2006 haben sich für Frau Tannenberg weitere Fragen ergeben, die in der folge explizit formuliert wurden.

Weststraße

1. Höhe der Kostenüberschreitung:

Die Kostenüberschreitung beträgt mindestens 1,237 Mio. Euro bei einer ursprünglichen Bausumme von 5 Mio. EUR. Das ist eine Überschreitung von mindestens 25%. Endgültig kann es erst nach Bauende festgestellt werden. Über einen großen Teil der Nachträge hatte der Stadtrat keine Kontrolle (Anlage 4, Übersicht Nachträge).

Relevant ist nur, was der Stadtrat wusste. Der Stadtrat hat ursprünglich genehmigt 5.000 Tsd. EUR Gesamtbaukosten (III/2003/03334 v.25.06.03). Die Weststraße soll jetzt 6.237.600 EUR kosten (Anlage 4).

Der Stadtrat konnte kontrollieren:

5.000 Tsd. EUR Gesamtbaukosten (III/2003/03334 v.25.06.03)

einen Nachtrag von 309.499,60 EUR (IV/2005/05050 Vergabeausschuss 07.07.05)

einen Nachtrag von 594.900 EUR (IV/2006/05598 Stadtrat 19.07.06)

Fragen:

Wie kommt die Gesamtsumme von 6.237.600 EUR in Anlage 4 (HH 2006 unten rechts) zustande?

Wie viel wird die Straße tatsächlich kosten? Wie kommt man zu dieser Zahl?

Muss der Stadtrat noch weitere Kostenerhöhungen als die bisherigen (309.499,60 erster Nachtrag, 594.900 EUR 2.Nachtag) genehmigen?

2. Kostenkontrolle

Eine Kostenkontrolle hat nicht stattgefunden. Kostenüberschreitungen wurden zu spät bemerkt. Geld wurde einfach „nachbestellt“, wenn es alle war.

Wie funktionierte die Kostenkontrolle? Wie war die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Rechnungsprüfung?

Kritik FB Rechnungsprüfung in Vorlage 1. Nachtrag (IV/2005/05050 Vergabeausschuss 07.07.05) an Rechnungsführung: Bearbeitung des Vorganges durch Fachbereich Tiefbau mit erheblicher zeitlicher Verzögerung, so dass Kostenkontrolle durch FB 14 Rechnungsprüfung nicht möglich war. Ausführung des Nachtrages erfolgte einfach. Auch wird von FB Tiefbau behauptet, der FB Rechnungsprüfung hätte die Angemessenheit der Mehrkosten bestätigt. Der FB Rechnungsprüfung (Leiter Kloppe) weist dies ausdrücklich zurück (siehe handschriftliche Bemerkung in Vorlage).

21. Nachtrag Vergabeausschuss (IV/2006/05652), S.2:

Erst spät wurde festgestellt, dass durch mengenmäßige Überschreitung einer Vielzahl der Positionen ein erheblicher finanzieller Mehr- und Fehlbetrag entstanden ist.

3. falsch gestellte Nachträge

Laut Anlage 2 (Übersicht Nachträge) wurden viele „kleine“ Nachträge wurde durch die Verwaltung einfach vergeben. Die tatsächlichen Kosten lagen aber in der Summe immer noch über den bestätigten (Nr. 1-19): um 71.048,22. In Nachtrag 21 werden 529.303,53 EUR

beantragt, obwohl die tatsächlichen Kosten nur 458.255,31 EUR betragen werden. Die Differenz: 71.048,22 EUR.

Wie ist dieser Zusammenhang zu erklären?

Warum werden Nachträge nicht positionsgenau zugeordnet?

Soll hier frühere Fehlbeträge kaschiert werden?

Soll der Stadtrat durch falsch ausgewiesene Nachträge bewusst getäuscht werden?

Bei Position 2 (tatsächliche Kosten 136.813,23) hätte zumindest der Vergabeausschuss informiert / Genehmigung eingeholt werden müssen.

4. Straßenausbaubeiträge

Anlage 4 Übersicht Haushalte, unter 3. HH 2005: als Summe der Straßenausbaubeiträge 2003-07 werden 800.000 EUR angegeben. Unter 4. HH 2006 beträgt die Summe 0 EUR.

Wie ist das plötzliche Fehlen von 800.000 EUR Straßenausbaubeiträgen im HH 2006 zu erklären?

5. formale Fehler

Nachtrag 21, Begründung: **Mehrbedarf in Höhe von 529.303,53 EUR**. Zuweisung vom Land 158.100 EUR und Minderausgaben von 436.800 EUR ergeben in der Summe aber 594.900 EUR.

Nachtrag 1a, Begründung: **Mehrbedarf in Höhe von 378.651,93 EUR**. Zuweisung vom Land 158.100 EUR und Minderausgaben von 436.800 EUR ergeben in der Summe aber 594.900 EUR.

Wie hängen diese Zahlen zusammen? Wer ist für die Prüfung der Beschlussvorlage verantwortlich?

6. fachliche Fragen

Wie sind Kostenschwankungen bei dem Brückenbauwerk zu erklären?

Baubeschluß 2003 (III/2003/03334): 865.000 EUR

2. Nachtrag (IV/2006/05598), Erläuterung, ursprüngliche Kosten: 1.280.000 EUR

Beantwortet. Anfrage v. 12.07.06 zu 1.: Instandsetzung Brückenbauwerk 969.613,70 EUR

2. Nachtrag (IV/2006/05598), Erläuterung, voraussichtl. tatsächl. Kosten: 1.066.100 EUR

Wieso wurden die offensichtlich notwendigen Kosten Planungsleistungen der Bauüberwachung nicht sofort berücksichtigt?

2. Nachtrag (IV/2006/05598), Erläuterungen 3. Kostenerhöhungen Baunebenkosten 249.300 EUR: ganz offensichtlich notwendige Leistungsphase 7 bis 9 wurde nicht berücksichtigt (vergessen?)

Wieso wurde nicht sofort festgestellt, dass der Straßenverlauf durch bebaute Grundstücke versperrt ist, bei denen mit hohen Entschädigungsleistungen zu rechnen ist?

2. Nachtrag (IV/2006/05598), Erläuterungen 4. Kostenerhöhungen Grunderwerb und Entschädigungsleistungen 282.500 EUR

Verschwendung von Mittel durch unzureichende Planung und keine Kostenkontrolle. Dadurch fehlende Mittel für andere Projekte.

Wer trägt Verantwortung.

Gesonderter Endbericht zur Weststraße erforderlich!

Sollte noch einmal im Planungsausschuss behandelt werden!

Frau Ströhl –FB 66 – hat eine schriftliche Beantwortung der v. g. Fragenstellung avisiert.

zu 8 Anregungen

zu 9 Mitteilungen

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.09.06

Heidrun Tannenberg
Ausschussvorsitzende

Silvia Räder
stellv. Protokollführerin